

Ressort: Politik

Bundestagsverwaltung fordert von AfD Aufklärung über Großspende

Berlin, 12.11.2018, 13:29 Uhr

GDN - Die Bundestagsverwaltung hat von der AfD Aufklärung über eine angeblich illegale Großspende aus der Schweiz an den Kreisverband Bodensee verlangt. "Der Bundesverband der Partei ist heute um eine Stellungnahme gebeten worden", sagte ein Sprecher des Bundestages der "Bild" (Dienstagsausgabe).

Zudem sei die Spende, die laut ARD im Jahr 2017 gestückelt von einem schweizerischen Pharmakonzern gekommen sein soll, wohl illegal: "Parteispenden aus Ländern außerhalb der Europäischen Union dürfen grundsätzlich nicht angenommen werden", so der Bundestagssprecher weiter. Auch die Tatsache, dass die Spende laut AfD Monate später an den Spender zurücküberwiesen worden sei, helfe demnach nicht wirklich: "Unzulässige Parteispenden müssen entweder unverzüglich zurückgeleitet oder an den Bundestagspräsidenten abgeführt werden. Unverzüglich heißt ohne schuldhafte Verzögerung."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-115180/bundestagsverwaltung-fordert-von-afd-aufklaerung-ueber-grossspende.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619